



**Alarmstufe rot!**  
Gegen Weltkriegsgefahr und  
Umweltkatastrophe

# Alarmstufe Rot - gegen Weltkriegsgefahr und Umweltkatastrophe

Massive Aufrüstungspropaganda bestimmt die Schlagzeilen in den meisten bundesdeutschen Medien. Die drohende Umweltkatastrophe rückt dagegen in den Hintergrund, dabei wird sie durch den Krieg in der Ukraine verschärft.



Überschwemmung in Pakistan

Dass der Ausstoß der Kohlendioxid-Emissionen in 2022 um rund ein Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf 40,6 Milliarden Tonnen gestiegen ist, ist eine Randnotiz. Nach 2019 ist das der zweithöchste Zuwachs der Geschichte.<sup>1</sup> Trotz Energieeinsparungen von 4,7 Prozent durch die Bevölkerung ist es zu erhöhtem CO<sub>2</sub>-Ausstoß gekommen, weil mehr Kohle unter anderem in der BRD verbrannt wurde.

"Wir sind auf dem Highway zur Klimahölle, und die Menschheit gibt weiter Gas", sagte UN-Generalsekretär Guterres zum Auftakt der Klimakonferenz COP27 in Ägypten im November 2022. Er forderte einen Solidarpakt für den Kampf ums Überleben. Er hat Recht, aber wer gibt hier Gas? Die Erkenntnis aus der 14-tägigen Konferenz mit 34 000 Teilnehmern ist, dass es von den führenden Regierungen keine Solidarität mit den Opfern der Klima- und Umweltkatastrophe gibt. Während der Konferenz waren 55 Unternehmen sogar damit beschäftigt, nach neuen Öl- und Gasfeldern zu suchen. Seit 2017 wurden in Afrika 886 000 km<sup>2</sup> für neue Öl- und Gasexplorationen genehmigt – eine Fläche größer als Frankreich und Italien zusammen.<sup>3</sup> Die Vertreter der Hauptemittenten (Öl- und Gaskonzerne, Banken, Finanz- und Investmentgesellschaften wie BlackRock, PolitikerInnen und Lobbyisten) wollen weiter ihre Geschäfte und Profite mit fossilen Energieträgern machen. Auch wenn Millionen Menschen deshalb leiden und sterben.

Beweist das nicht, dass Kapitalisten, Aktionären, Managern etc. die Zukunft der Menschheit egal ist? Gleichzeitig helfen Millionen Menschen aus Solidarität

1. <https://www.tagesschau.de/wissen/klima/co2-ausstoss-carbon-project-101.html>

2. <https://www.infosperber.ch/umwelt/afrika-wird-mit-projekten-fossiler-brennstoffe-ueberschwemmt/>

den Opfern der Umweltkatastrophe wie 2021 im Ahrtal! Deshalb stellt sich die Frage: Setzen sich weiter kapitalistische Profitmacherei und Proftgier durch oder können die Milliarden Menschen auf unserem Planeten die schlimmsten Folgen der Klima- und Umweltkatastrophe noch verhindern?

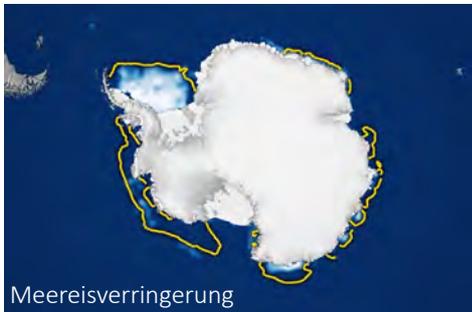
## Barbarische Verhältnisse entstehen

Die Zerstörung der natürlichen Umwelt hat bereits riesige Ausmaße angenommen. Auf der Jagd nach Rohstoffen, bei der Produktion von Waren wird die Umwelt verseucht, werden die betroffenen ArbeiterInnen und die Bevölkerung vergiftet. Aber Millionen Menschen müssen ihre bisherigen Lebensräume u.a. durch Umweltkatastrophen als Folge der Klimazerstörung verlassen. Die Umweltzerstörung bedroht überall auf unserem Planeten das Leben. Tiere und Pflanzen sterben in einem rasanten Tempo aus.



Eine Million Arten könnten laut Weltbiodiversitätsrat in den kommenden zehn Jahren verschwinden. Immer größere Teile der Weltmeere sind verseucht. Die Überfischung der Weltmeere bedroht die Ernährungsgrundlage von Milliarden Menschen. 35,4 Prozent der Fischbestände sind betroffen. Mehr als 90 Prozent der Saatgutsorten sind weltweit bereits verschwunden. Biotech-Konzerne wie Bayer/Monsanto oder Syngenta kontrollieren mit gentechnisch veränderten Monokulturen den globalen Saatgutmarkt. Diese Chemiekonzerne lassen rücksichtslos Pestizide einsetzen. 44 Prozent der weltweit in der Landwirtschaft Tätigen, das sind 385 Millionen

Menschen, erleiden Pestizidvergiftungen, 11 000 Menschen sterben pro Jahr daran. Mindestens 4 Kippunkte können bei 1,5 Grad durchschnittlicher Erderwärmung erreicht werden. Sie sind dann nicht mehr zu stoppen. Beim Abschmelzen des grönländischen und westantarktischen Eisschildes, beim Absterben der tropischen Korallenriffe und beim Tauen



Meereisverringern

des Permafrost-Bodens. Dramatische Veränderungen finden bereits statt.

Auch die Kriege in der Ukraine und in den anderen Ländern zerstören die Umwelt und sind Klimakiller. In der Ukraine haben die Menschen im Land immer weniger sauberes Trinkwasser und Wasser für die Landwirtschaft. Die Leiden der Menschen und die Opfer spielen für die Kriegstreiber aber keine Rolle. Es geht im Ukrainekrieg nicht um Freiheit und Demokratie, wie behauptet wird. Dieser Krieg und andere Kriege sind ein Geschäft: für Rüstungskonzerne und Oligarchen, Aktionäre, Waffenhändler und Firmen, die Söldner vermieten.

### Die Ampel zerstört weiter

Müsste man nicht erwarten, dass die Politik alles dafür tut, um die schlimmsten Folgen der beginnenden Umweltkatastrophe noch zu verhindern? Es gibt doch gar keinen anderen Weg, um das Leben von Milliarden Menschen zu retten.

Aber anstatt die Kriege zu beenden und die CO<sub>2</sub>-Emissionen drastisch herunterzufahren, geschieht das Gegenteil. Noch mehr Waffen, Renaissance für Kohle und Atom. Man kauft geacktes Gas und beteiligt sich an der Ausbeutung von Gasfeldern u.a. in einem Meeresschutzgebiet des Senegals und Mauretaniens. Diese Politik der Ampel verschärft die Umweltzerstörung. Der schnelle umfassende Ausbau von regenerativen Energien wird dem Kriegskurs und der Embargopolitik gegen Russland untergeordnet. Gut ist alles, was vermeintlich Putin schadet. Der Bevölkerung wird suggeriert, dass es notwendig sei, „Opfer“ zu bringen. Nicht Opfer sind notwendig, sondern eine andere Politik. Es fehlen hunderttausende bezahlbare Wohnungen, Schulen,

Freizeiteinrichtungen etc. müssten instandgesetzt und neu gebaut werden. Die Armut unter Rentnern, alleinerziehenden Müttern, prekär Beschäftigten und von Millionen Kindern wächst. Auch durch eine bisher nicht gekannte Inflation. 100 Milliarden für die Aufrüstung der Bundeswehr und weitere 200 Milliarden, die Verteidigungsminister Pistorius fordert, stehen aber sofort zur Verfügung.

Die dringend notwendige Verkehrswende ist eine leere Phrase. Nicht weil die beschränkte FDP sie verhindert, sondern weil die deutschen Autokonzerne ihre Fahrzeuge verkaufen wollen, egal welche Schäden dieser Verkehr anrichtet. Allein durch den Bau vermeintlich vordringlicher Fernstraßenprojekte würden beispielsweise über 13 000 Hektar Fläche verbraucht. Wollen wir hinnehmen, dass unsere Lebensräume weiter zerstört werden? Die Umweltgewerkschaft sieht auch in einem Individualverkehr auf Grundlage der E-Mobilität keine umwelttaugliche Alternative. Die Rohstoffe für den Bau von Batterien wird Umwelt zerstörend gewonnen. Oft wird Kinderarbeit ausgebeutet. Der Autoverkehr muss weitgehend eingeschränkt werden. Das ist der einzig vernünftige Weg raus aus dem zerstörerischen Autoverkehr. Unsere Städte müssen Lebensräume für ihre BewohnerInnen sein und nicht Autoabstellplätze.



Der öffentliche Nahverkehr muss bis in die ländlichen Gebiete ausgebaut und kostenfrei angeboten werden. Der überwiegende Teil des Warentransports muss auf die Schiene. Eine Verkehrswende würde Millionen Arbeitsplätze schaffen und die Lebensqualität verbessern.

Diese Politik darf nicht länger hingenommen werden. Mit seiner Zeitenwende will Kanzler Scholz Kriegseinsätze der Bundeswehr und die Aufrüstung hoffähig machen. Diese Politik richtet sich gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen, die Frieden, eine intakte Umwelt und ein sicheres Leben wollen. Der Kriegskurs der Ampel muss gestoppt werden.

Ein Ende des Krieges in der Ukraine fordert eine wachsende Zahl von Menschen. Umweltbewegung, Arbeiter - und Friedensbewegung haben gemeinsame Interessen und mit der Ampel-Regierung auch denselben Gegner. Krieg und Umweltzerstörung sind zwei Seiten derselben Medaille. Es ist notwendig, dass eine solche Einheitsfront hierzulande an Kraft gewinnt. Die Hetze vieler Medien gegen Friedens- und Umweltkämpfer zeigt, dass die Regierung Ruhe will und Angst davor hat, dass zunehmend mehr Menschen ihren Kurs offen ablehnen.

Die überwiegende Mehrheit der Menschen wird sich nicht mit einer Entwicklung und Zuständen abfinden, die immer barbarischer werden. Der Widerstand wird zunehmen. Darin liegt auch das Potenzial, um die ganze Gesellschaft zu verändern. Eine neue Qualität der Umweltbewegung muss entstehen, die sich nicht einfach aus der Summe aller Einzelaktionen ergibt. Die Umweltbewegung muss überparteilich sein gegen antikommunistische Spaltung. Dauerhaft organisiert



### **Aktiver Widerstand gegen RWE in Lützerath – was lernen wir daraus?**

Die Räumung von Lützerath muss zu einer Strategiediskussion in der Umweltbewegung genutzt werden. Auch wenn die Abaggerung von Lützerath nicht verhindert werden konnte – alle Beteiligten haben Großes geleistet und es ist uns gelungen, ein Signal in die Welt zu senden.

Solange die Kohle noch nicht abgebaggert ist, geht für uns der Kampf gegen Braunkohleabbau und die Braunkohleverstromung durch die Konzerne weiter – deshalb:

### ***Leave it in the ground!***



gegen Zersplitterung und Vereinzelung. Weltanschaulich offen auf antifaschistischer Grundlage, und eine rote Linie zu jeder Querfront mit faschistischen Kräften ziehen. Solidarisch sein gegen Hetze und Drohungen unserer Bündnispartner. Mit der Arbeiterbewegung und international verbunden sein und finanziell unabhängig, auch von NGO's und Regierungsparteien. Wir helfen mit, die 3. internationale Bergarbeiterkonferenz vorzubereiten und durchzuführen – dort wird diese neue Qualität gelebt.

Im Programm der Umweltgewerkschaft heißt es: „Wir wollen eine menschenwürdige, gerechte Gesellschaft ohne Ausbeutung von Menschen und Natur. Zentrale Merkmale einer von Ausbeutung, Unterdrückung und Umweltzerstörung befreiten Gesellschaft sind weltweite ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Produktion auf Basis erneuerbarer Energien sowie ein verantwortungsvoller Konsum.“

Im Iran, wo viele Menschen Widerstand gegen das faschistische Regime leisten, wird das Lied „Wofür“ gesungen, in dem es u.a. heißt:

„Für all das Tanzen auf den bunten Straßen,  
für die Angst beim Küssen sich erwischen zu lassen,  
für meine kleine Schwester, unsere Schwestern,  
um die gewaschenen Gehirne zu verbessern (...)  
für die verschmutzte Luft, die wir traurig atmen,  
für die sterbenden Bäume und all ihre Arten,  
für die Tiere, die uns lieben, bedingungslos, (...)  
für den Kampf um Zukunft dieser Generation,  
für das Paradies in unserer eigenen Version! (...).“

Wir protestieren gegen die Kriminalisierung der Proteste. Wir protestieren gegen die Verhaftung von Greta Thunberg durch die deutsche Polizei und fordern RWE auf, ihre Schadensersatzklagen gegen Umweltaktivist\*innen sofort zurückzuziehen.

Die Räumung Lützeraths war ein Beweis für die enge Verflechtung von RWE mit der Landesregierung von NRW. Die Konzerninteressen von RWE sind in Deutschland legitimes Recht und wurden am Ende mit offener Gewalt durchgesetzt. Bei den Bundestagswahlen 2021 sind die GRÜNEN mit dem Versprechen angetreten, dass Lützerath



nicht abgebaggert wird – Aktivistinnen aus der Bewegung wurden als Abgeordnete gewählt – doch diese Hoffnungen wurden enttäuscht. RWE spielte ihre Macht aus, und gewann mit einem verlogenen Kompromiss. (...)

**Wie wird die Umweltbewegung radikaler – wie können wir dem Übel an die Wurzel gehen?**

Wir wollen mit euch diskutieren: Wie werden wir eine überlegene Kraft? Wir sehen es so: Gesellschaftliche Veränderung kann nur von einer Einheit von Arbeiter- und Umweltbewegung ausgehen. Die Großkonzerne beuten seit ihrer Entstehung unentwegt beides aus: Mensch und Natur. Sie eignen sich den Mehrwert und Reichtum an, den die Arbeiter\*innen erzeugen. Sie eignen sich die Reichtümer der Natur an, die ihnen gar nicht gehört.

Auch im Krisenjahr 2022 stiegen die Gewinne bei z.B. Bayer, Mercedes oder Rheinmetall, dazu Rekordgewinne bei der Ölindustrie oder im Energiebereich.

Die gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiterbewegung nehmen europaweit einen Aufschwung – es war ein super Signal, dass die Fridays for Future Bewegung am 3.3. mit den ver.di Kolleg\*innen gemeinsam demonstrierte. Der Kampf um die Rente in Frankreich, gegen die Entlassung der Kollegen bei Borbet in Solingen, Warnstreiks im

ÖPNV und bei der Bahn, Frauenstreik zum 8.März - all das gehört für uns zusammen. Appelle an die Regierungen oder Einschnitte in den Berufsverkehr sind nicht geeignet, um diese Einheit herzustellen. Wir brauchen auch gemeinsame Kampfformen.

Die Rettung der Umwelt vor der Profitgier der Konzerne ist ein Ziel der Umweltgewerkschaft. Es gibt in 27 deutschen Städten bereits aktive Ortsgruppen der Umweltgewerkschaft. Industriearbeiter\*innen, die mit vielen anderen gemeinsam demokratisch organisiert sind und regelmäßig arbeiten.

Eine wichtige Lehre aus Lützerath wäre, dass ihr selbst Mitglied in der Umweltgewerkschaft werdet. (...)

**Aktionseinheit aller kämpferischen Kräfte auf Augenhöhe gegen antikommunistische Spaltung!**

Während unser Bündnispartner MLPD ebenfalls bundesweit Solidarität gegen die Räumung organisierte, wurde ihre Delegation am 12.11.2022 von einigen Lützerath-Aktivisten geschlagen, das Transparent zerrissen und das Mikrofon weggenommen. Dieser Vorgang konnte bis heute nicht aufgeklärt werden!

Für uns ein No – Go!

Statt allgemein gegen Parteien, Fahnen oder Label zu sein, sollten wir unsere Bündnispartner inhaltlich auswählen. Gleichberechtigte Zusammenarbeit mit allen kämpferischen Kräften auf Grundlage des gemeinsamen Kampfes. Damit keine einzelne Kraft dominieren kann, muss es klare gemeinsame Regeln und Absprachen geben. Um die Zersplitterung der Umweltkämpfe zu überwinden, müssen wir uns inhaltlich und in unseren Kampfaktiken untereinander annähern und gemeinsam den engen Schulterschluss mit



Umweltaktionstag 12.11.2023 Berlin Moabit

der Arbeiterbewegung suchen. Das ist unser Verständnis von Überparteilichkeit und wir arbeiten aktiv am Aufbau solcher Aktionseinheiten örtlich, regional, bundesweit und international.

### Wir sind Teil des Bündnisses Neue Friedensbewegung gegen Faschismus und Krieg

Wir verurteilen den Angriffskrieg Putins in der Ukraine und sehen die Kriegsursache in einem imperialistischen Machtkampf um Einflussphären – und zwar von allen Seiten. Die Krisenlasten werden auf die Bevölkerung abgewälzt und eine Massenverarmung setzte schon vor dem Krieg in der Ukraine ein. Wir wenden uns gegen Fake News, dass es eine Gaskrise oder Stromknappheit gäbe. Die Frage lautet

## Keine Atomkraftwerke - Keine Atombomben - Kein Atomkrieg!



### Berichte vom Fukushima - Jahrestag 2023



Alle Anti-Atom-Initiativen in Hamburg gemeinsam. Erstmals nach vielen Jahren war es gelungen, dass Atomtransporte-Hamburg-stoppen, Sand Gruppe Hamburg, Umweltgewerkschaft Hamburg, Maus Bremen und BUND Hamburg wieder gemeinsam auf die Straße gingen. Daran hatten Mitglieder der Umweltgewerkschaft wesentlichen Anteil. Etwa 100 Personen nahmen teil. Die Demo ging dreieinhalb Stunden von der Atomtransporte-Rederei OOCL vorbei an Hapag-Lloyd zum japanischen Generalkonsulat und zur Abschlusskundgebung am Rathaus. Auf einer zentralen Einkaufsstraße gab es eine kurze Blockade mit eindringlichem, ironischem Sketch, was Atomverseuchung bedeuten würde.

Die Umweltgewerkschaft Göttingen beteiligte sich gemeinsam mit der Anti-Atom-Initiative, dem IPPNW und dem BUND am Fukushima-Gedenktage. Ein Teil nahm an einer Pflanzaktion und anschließender Demo vom „neuen Rathaus“ zum „Gänseliesel“ teil, wo die anderen schon den Infostand machten. Am Mikrophon sprach auch der Physiker Christian von der Umweltgewerkschaft darüber, dass Atomkraftwerke keinen erneuerbaren Strom erzeugen und dass sie weltweit abgeschaltet gehören. Dafür bekamen er und die gesamte Kundgebung großen Zuspruch.



### „Atomstrom ist immer noch besser als Kohleverstromung“ - Nein!

Dieser Einwand einer Passantin am 11.3. kommt öfter. Aber nicht Atom oder Kohle, sondern 100% Erneuerbare ist die wirkliche Alternative! Atomenergie ist unbeherrschbar und erzeugt unglaubliche Verseuchung beim Uran-Abbau. „Atomenergie ist nicht nur die gefährlichste und teuerste, sondern auch die unzuverlässigste Form der Stromerzeugung.“ (Josef Lutz, Die Strompreis- Täuschung Jan. 23). Frankreich erzeugt 60% seines Stroms aus Atomkraft. Im Sommer 2022 mussten mehr als die Hälfte der AKWs abgeschaltet werden wegen Niedrigwasser in den Flüssen, und nur ein Teil konnte wegen des maroden Zustands wieder angefahren werden. Frankreich importiert darum dauerhaft Strom.

Es ist eine gezielte Falschinfo, Atomstrom sei klimaneutral. Kernenergie setzt 3,5 Mal mehr CO<sub>2</sub> frei als Photovoltaik, 13 Mal mehr als Windkraft und 29 Mal mehr als Wasserkraft (WISE-Berechnung). Der ganze Prozess von der Urangewinnung, Bau und Rückbau bis zur Lagerung setzt große Mengen CO<sub>2</sub> frei.



Neckarwestheim

„Wer hat Angst vor der Atom-Mafia? Wir stellen uns gegen sie...“

...sangen wir auf unserer Aktion am 11.März in Kirchheim beim AKW Neckarwestheim. Das Anti-Atom-Bündnis hatte wie jedes Jahr zum Fukushima-Tag zur Demo aufgerufen, aber das ist immer ein Marsch „im Grünen“ ohne „Publikum“. Darum hatte unsere Gruppe die Idee, eine Aktion durch die Innenstadt vorzuschalten, als Demo zur Demo, uns an die Anwohner zu wenden, und uns dann erst der Bündnisdemo anzuschließen. Die Widerstandsgruppe Heilbronn-Ludwigsburg, die MLPD und andere Umweltbewegte machten mit, und so waren es dann 40 Teilnehmer mit Lautsprecherwagen, Anti-AKW-Songs live, Parolen und Transparenten.

Neben Umweltschützern meldeten sich auch Automobilarbeiter aus der Region zu Wort für ein vollständiges Streikrecht auch in Umweltfragen. Angeprangert wurde, dass in Neckarwestheim ein Reaktor weiterläuft, obwohl bei Revisionen mittlerweile 350 Risse in den Leitungen gefunden wurden. Darum: Statt AKW-Laufzeitverlängerung oder Neubau volle Kraft für 100% Erneuerbare! „Wir setzen dabei nicht auf die Einsicht der Staatslenker und Konzerne, sondern auf die breite Bevölkerung international – auf dich und dich!“

Das war eine gute Übung für den Aktiven Widerstand. Wir müssen dafür geeignete Orte finden, um möglichst viele Menschen zu erreichen.

(Korrespondenz Heilbronn)

## AKW -ADE

### Wir gratulieren!

Lingen

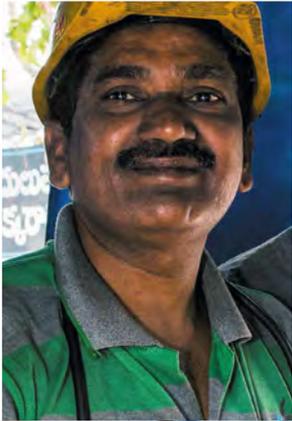
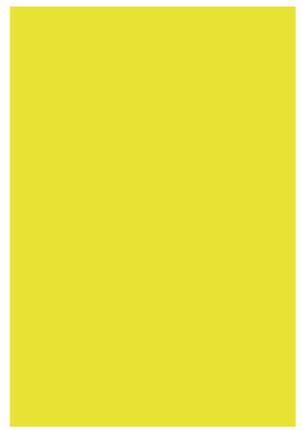


Neckarwestheim





umweltgewerkschaft  
Die Erde vor dem Kollaps retten!



# Bergleute und Umweltkämpfer: *Hand in Hand!*



Die Umweltgewerkschaft unterstützt die  
**3. Internationale Bergarbeiterkonferenz**  
31. 8. – 3. 9. 2023  
in Thüringen / Deutschland  
[www.minersconference.org](http://www.minersconference.org)



**Kontakt & Infos:**  
[info@umweltgewerkschaft.org](mailto:info@umweltgewerkschaft.org)  
[www.umweltgewerkschaft.org](http://www.umweltgewerkschaft.org)



## Bergleute für Arbeitsplätze und den Erhalt unserer Umwelt

„Können sich Bergleute überhaupt für den Umweltschutz einsetzen? Deren Arbeit zerstört doch unsere Umwelt“

Die erste internationale Bergarbeiterkonferenz 2013 in Arequipa/Peru hatte diesen scheinbaren Widerspruch aufgelöst. In der Gründungsresolution hieß es:

„Die Natur darf nicht länger zur rücksichtslosen Rohstoffplünderung und unverantwortlichen Energieerzeugung zugunsten des Monopolkapitals erhalten. Die Verschwendung wertvoller Rohstoffe untergräbt die Lebensgrundlagen der nachfolgenden Generationen. Wir lassen es nicht länger zu, dass der Schutz der natürlichen Umwelt und unsere Arbeitsplätze von den Bergbaumonopolen und den ihnen unterworfenen Regierungen gegeneinander ausgespielt werden.“<sup>1</sup>



Im Sommer 2019 traten Bauern in der Region Arequipa in unbefristete Streiks gegen das gigantische Projekt Tia Maria. Der mexikanische Bergbaukonzern Southern Copper wollte im zerstörerischen Tagebau den Abbau von Kupfer ausweiten. Große landwirtschaftlich genutzte Flächen und die Wasserzufuhr waren bedroht. Anfang August blockierte die Bevölkerung Zufahrtstraßen und den Hafen der Stadt Matarani, um das Verschiffen von Kupfer zu verhindern. Im September solidarisierten sich mit der Landbevölkerung und diese mit den streikenden Bergleuten.

Große Augen machten manche Umweltschützer, als am 30.5.20 eine Bergarbeiterdemonstration mit 240 Teilnehmern durch Datteln gegen die Inbetriebnahme des Kohlekraftwerkes Datteln IV zog. „Die Umweltschützer waren total begeistert, dass wir Kumpel mit ihnen demonstrierten. Auch wir sind dagegen, dass dieser wertvolle Rohstoff Kohle verbrannt wird – egal aus welchem Land die Kohle kommt! Wir kämpfen um unsere Arbeitsplätze, verlangen von der RAG die

Weiterbeschäftigung der entlassenen Nicht-APG-berechtigten Bergleute und für alle gleichwertige Ersatzarbeitsplätze,“ erklärte Christian Link, öffentlicher Sprecher von „Kumpel für AUF“.

Auch am 9.1.23 bei einem Solidaritätsbesuch in



Lützerath vermittelten wir die Botschaft: Die Bergleute der Bergarbeiterinitiative „Kumpel für AUF“ wenden sich gegen umweltschädliche Abbaumethoden und gegen Kohleverbrennung. Und es sind die Bergleute, die gemeinsam mit der Umweltbewegung diesem Raubbau tatsächlich ein Ende setzen können. In dem autonom geprägten Camp stießen wir dabei auf offene Ohren für diese Taktik und luden ein zur 3. internationalen Bergarbeiterkonferenz vom 31. August bis 03. September in Thüringen.

Die Arbeiter\*innen aus dem griechischen Bergbau- und Stahlkonzern LARKO kämpfen um ihre Arbeitsplätze. Sie schreiben:

„In den letzten 6 Jahren haben die Aktionäre, die Regierungen, ..... sich bereichert durch:

- Feuer, Eisen, "Ströme" von Blut und Schweiß, um diesen Reichtum zu erzeugen.
- Negative Auswirkungen auf die Umwelt, auf Land und Wasser, nicht weil es keine Möglichkeiten gab, sie zu schützen, sondern weil keine Maßnahmen ergriffen wurden....

Wir haben unsere Würde, unsere Einigkeit, Wille, Entschlossenheit, große Erfahrung und Solidarität der gesamten Arbeiterklasse den von uns eingeschlagenen Weg fortzusetzen....

LARCO gehört den Arbeitnehmern. Sie wurde von Arbeitern gebaut. Die Arbeitnehmer haben dafür bezahlt. Sie beutet die Bodenschätze unseres Landes aus, die den arbeitenden Menschen gehören... Wir machen weiter bis zum Sieg.“

Ab 15.7. droht Arbeitslosigkeit. Die Arbeiter rechnen mit der Solidarität von Belegschaften und Mitbürgern aus Griechenland und dem Ausland, „...um das Verbrechen gegen Larko, gegen die Arbeiter zu stoppen.“ (4)

<sup>123</sup> dokumentiert auf der Homepage der Internationalen Bergarbeiterkoordination  
<sup>4</sup> rf-news vom 19.2.23

Helmut Weick, Aktivist gegen den Autobahnausbau in Südhessen und Sprecher verschiedenster Initiativen, im Strategiegespräch mit der Umweltgewerkschaft:

### Wann hattest Du Dein erstes Aha-Erlebnis in Sachen Umweltschutz?

Ende der 70-er Jahre sollte in Darmstadt, der Stadt im Walde, eine Stadt- und Ringautobahn gebaut werden. Bürgerinitiativen, die ich unterstützte, konnten damals mit Erfolg den Bau der A661 (ehem. A49) im Osten und Süden der Stadt verhindern. Heute ist die Stadt besonders im Westen, im Bereich der A5 und A67, von einem dramatischen Waldsterben betroffen. Dennoch sollen nach Wissings Plan beide Autobahnen beschleunigt sechsspurig ausgebaut werden. Dies gilt es zu verhindern, wie jeglicher weiterer Straßenbau überhaupt.

### Wo siehst Du Deine hauptsächlichen Betätigungsfelder im Umweltschutz?

Umweltschutz ist vor allem auch Klimaschutz. Und im Verkehrsbereich haben wir auch wegen eines unzureichenden Klimaschutzgesetzes weiterhin steigende CO<sub>2</sub>-Emissionswerte. Mit dem Koalitionsbeschluss vom 28. März hat die Bundesregierung den Verkehr als klimapolitisches Ziel zugunsten der Automobilindustrie weitgehend aufgegeben. Damit rast die Politik nun mit Vollgas



auf den Klimaabgrund zu.

Besonders der Widerstand gegen den Weiterbau der A49 in den Jahren 2019 /20 hat das Bewusstsein über die umwelt- und klimaschädliche Verkehrspolitik geschärft.



Inzwischen kämpft eine immer größer werdende Mobilitätswendebewegung, in der ich aktiv bin, für eine soziale und ökologische Verkehrswende. In diesem Jahr geht es vor allem darum, die Wirkmacht der

außerparlamentarischen Proteste für eine Verkehrswende zu bündeln. Eine Kampagne „Verkehrswende 2023“ soll den Bundestag zu einer Entscheidung für ein Moratorium zum Neu- und Ausbaustopp von Fernstraßen und zum Bundesverkehrswegeplan herausfordern. Sollte es nicht gelingen, die Verkehrspolitik klimagerecht auszurichten, wäre auch an diesem Punkt die Legitimität des Parlamentes mit allen Konsequenzen grundsätzlich in Frage gestellt.

### Wie schätzt Du die Möglichkeit ein, dass man Umweltschutz und Kapitalismus miteinander vereinbaren kann, ohne Greenwashing zu betreiben?

Die weltweite Kluft zwischen Armut und Reichtum und die gigantische Natur- und Klimazerstörung sind der sichtbare Ausdruck des kapitalistischen Systems. Mit ihm wird inzwischen das Überleben der Menschheit aufs Spiel gesetzt. Im Kapitalismus erzeugt die Konkurrenz einen Wachstumszwang zu höchstmöglichem Profit. Doch immer mehr Wachstum bei global endlichen Ressourcen passt nicht zusammen. Auch ein „grüner“ Kapitalismus bleibt Kapitalismus, der weiter wachstums- und profitgetrieben die Ausbeutung von Mensch und Natur bedeutet.

## Wie stehst Du zu den Grundsatzaussagen der Umweltgewerkschaft, dass;

**- der Umweltschutz und der Kampf um (gute?) Arbeitsplätze kein Gegensatz sein muss/darf?**

In Kapitalismus werden die Quellen alles Reichtums, die Natur und die Arbeit, ausgebeutet. Das bedeutet, eine soziale und ökologisch gesicherte Existenz setzt die Überwindung des Widerspruches zwischen Lohnarbeit und Kapital voraus. Insofern sind Fragen der Existenzsicherung (Lohnarbeitsplatz) und Fragen des Erhalts der natürlichen Lebensbedingungen zusammenzudenken. In einer vernünftig organisierten Gesellschaft bestünde hier kein „Gegensatz“. Bei Volkswagen in Wolfsburg verfolgen aktive Umweltschützer das Ziel, das Werk für eine Verkehrswende (VW) umzuorganisieren. Neben Pkws könnten dort dann auch massenhaft Verkehrsmittel für den ÖPNV produziert werden.

**- dass dieser Kampf nur durch eine organisierte Arbeiterklasse (Gewerkschaften) geführt werden kann?**

Die Geschichte zeigt, dass jegliche Verbesserung der Lebensverhältnisse dem Kapital letztlich nur durch den organisierten Kampf der abhängig Beschäftigten abgerungen wurde. Und wir sehen zum Beispiel im Bereich der Automobilindustrie, dass sich das Kapital wo immer möglich, auch der Einführung von Umwelt- oder Klimaschutzmaßnahmen widersetzt. Es sei denn, es lässt sich daraus ein profitables Geschäft

machen. Den Gewerkschaften kommt hier in der Tat eine bedeutende Rolle zu. Wichtig dabei ist allerdings, dass Gewerkschaften ihren Kampf für soziale und ökologisch stabile Lebensbedingungen nicht nur gegen die Widrigkeiten des bestehenden Systems führen, sondern zugleich versuchen es zu ändern. Hier sind die Gewerkschaften auch selbstkritisch gefordert, um eine vorhandene systemkonforme Fixierung zu überwinden. Wir brauchen einen Schulterchluss zwischen der Klimabewegung und den Gewerkschaften, wie wir ihn beispielhaft beim Klimastreiktag am 3. März erleben konnten.

**- dass das Ergebnis dieses Kampfes eigentlich nur eine neue Gesellschaftsordnung (system change) sein kann/wird?**

Das ist aus dem bisher Gesagten evident. Auch der Kampf gegen Armut und Krieg sind von zentraler Bedeutung für eine soziale und ökologische Alternative. Hierbei kommt es wesentlich darauf an, die Handlungsfreiheit für vernünftige wirtschaftliche Entscheidungen über das Was, Wie und Wo der Produktion zu erreichen, die unter kapitalistischen Bedingungen nicht zu haben ist. Denn im Kapitalismus wirkt das Privateigentum an Produktionsmitteln als Zwang alle Entscheidungen der Profitmaximierung unterzuordnen. In diesem Sinne weist auch das Motto „System change - NOT Climate change!“ von Waldbesetzern, Antistraßenbau- und Umweltaktivisten u. a. in eine bessere Zukunft.

ein Film von labournet.tv

# DER LAUTE FRÜHLING

GEMEINSAM AUS DER KLIMAKRISE



### Der laute Frühling

Wir freuen uns über den Kontakt zu der Filmemacherin. Der Film wirft die richtigen Fragen auf, befürwortet die Einheit mit der Arbeiterbewegung und fordert neue Perspektiven für eine andere Gesellschaft. Das gezeichnete utopische Bild können wir jedoch nicht teilen: „Wenn nur alle für die Veränderungen wären, dann besetzen wir die Fabriken und dann könnte man einfach eine andere Welt erschaffen.“ Das ist ein gefährlicher Irrtum und unterschätzt auch heute schon die Unterdrückung der Arbeiter. Als hinge alles vom Willen ab – der Mehrheitswille wird aber massiv unterdrückt. Warum? Die Hauptverursacher in Konzernen, Banken und Regierungen verteidigen ihre kapitalistische Ordnung auf Gedeih und Verderb. Auch eine Überheblichkeit gegenüber den Arbeitenden kritisieren wir. Angeblich können Kollegen sich laut Film keine befreite Gesellschaft denken, da sie ja fragen müssen, ob sie aufs Klo dürfen. Eine disziplinierte gemeinsamen Produktion ist also etwas ganz Schreckliches? Es ist genau diese Fähigkeit des gemeinsamen Schaffens und der Disziplin, dass die große Stärke der Arbeiterklasse ausmacht. Was meint ihr dazu? Schreibt uns!

## Umwelt- und Gesundheitsschutz gehören zusammen - Jeder kann was tun!

Die geschätzten 4500 Hitzetoten von 2022 sind ein weiterer Grund, aktiv zu werden, gegen den Raubbau an unseren Lebensgrundlagen zu kämpfen.<sup>5</sup> Jeder von uns merkt die gesundheitlichen Folgen der Klimakatastrophe. Wenn jeder seinen Beitrag leistet, können einige Hitzetote und Krebserkrankte vermieden werden.

Jährlich erkranken in Deutschland 8,2% an Depressionen<sup>1</sup>. Sommerdepression ist im Gegensatz zur Winterdepression eher unbekannt. Durch die drückenden Temperaturen halten sich die Menschen im Sommer lieber drin oder im Schatten auf. Als Ursache wird die Melatoninproduktion des Körpers angesehen - die Tage sind länger, es kann zur innerlichen Unruhe kommen, wenn die Produktion/Ausschüttung gestört ist. Es kann auch durch andere chemische Prozesse zu richtigen Depressionen führen<sup>2</sup>. Dass es nicht soweit kommt, ist es ratsam, sich den Tag gut durchzustrukturieren und eine gute Abwechslung zwischen drinnen und draußen zu finden.

Dabei sollte das Wetter gut im Auge behalten werden. Kaum ein Körper verträgt die hohen Temperaturen, ständigen Wetterwechsel. Laut einer Studie von Florian Rakers von der Uniklinik Jena steigt die Schlaganfallgefahr um bis zu 30%, wenn die Temperatur um 2,9°Celsius abfällt. Er hat auch den Vorschlag gemacht, dass man eine „Schlaganfallwetterkarte“ erfinden sollte, damit wir auf Signale des Körpers reagieren und Selbstfürsorge betreiben und auf andere achten können<sup>3</sup>.



Auch die Stadtplaner können dabei helfen: Wenn man sich die „grünen Lungen“ von Städten anschaut, stellt man fest, dass es hier kühler ist als in den dicht bebauten Innenstädten. Die Winde und Schatten sorgen für natürliche Kühlung. Das hängt auch davon ab, ob sie genügend Feuchtigkeit bekommen. 2019 wurde in einem vorübergehenden Kunstprojekt ein Züricher Platz begrünt und mit Bäumen bepflanzt. Dort wurde durch die Begrünung laut dem Bauphysiker Aytac Kubilay die Temperatur um 3° gesenkt. Beides sorgt für Verdunstungskühlung, und so wird die Luft für uns angenehmer.



Durch eine selbst durchgeführte Studie haben wir herausgefunden, dass Bergarbeiter durch Polychlorierte Biphenyle, kurz genannt, besonders krebgefährdet sind. Angaben zum PCB-/Schwermetallkontakt: von 124 Bergarbeitern sagten 88%, dass sie bewussten Kontakt mit PCBs, 62% bewussten Kontakt mit Giftmüll, 58% bewussten Kontakt mit PCBs und mit Giftmüll sowie 100% Kontakt mit „Plempe“ und Anhydrit hatten. Durch diese Stoffe wurden bei

- 13 Bergleuten eine Krebserkrankung (10,5%),
- 68 Bergleuten (54,8%) Erkrankungen des Gehirns oder der Nerven oder psychische Probleme,
- 59 Bergleuten (47,6%) eine Herz-Kreislauf-Erkrankung und
- 35 Bergleuten (28,2%) eine Hautkrankheit ausgelöst.

Insgesamt wurden 462 chronische Krankheiten, 3,7 pro Bergmann, verzeichnet.

Wir ziehen den Schluss, dass Berufskrankheitsanerkennung insbesondere bei unserem Beispiel der Bergleute nicht verweigert werden dürfen. Dazu gehören mit jeweils zwanzig Prozent Karzinome (Krebs), Neurologische Erkrankung, Sehschwäche, Diabetes, sechzig Prozent Herz-Kreislauf-Erkrankungen, vierzig Prozent Lungenkrankheiten, zehn Prozent Störung der Immunfunktion<sup>4</sup>.

Genau das Gleiche gilt auch für die Arbeit mit den Schwermetallen: bei drei oder mehr Schwermetallbelastungen vermehrtes Auftreten von Krebs, orthopädisch-rheumatische Erkrankungen, Depressivität, Diabetes, Immunstörungen und Lebererkrankungen.

Gesunde Menschen brauchen eine gesunde Natur. Daher möchten wir euch gerne auffordern, dass ihr euch in eurem Betrieb über die Folgen von Umwelt und Gesundheit schlau macht und aktiv werdet – und das am besten als Mitglied bei der Umweltgewerkschaft.

## Erdbeben in der Türkei: Kein Desaster - ein Massaker

Korrespondenz von unserer befreundeten Organisation aus der Türkei: Am 6. Februar erschütterte ein Erdbeben der Stärke 7,7 die Türkei, Syrien und die ganze Welt. Die Erdbeben betrafen 11 Städte mit einer Bevölkerung von mehr als 14 Millionen Menschen. Nach den letzten offiziellen Angaben haben 45.089 Bürger\*innen ihr Leben verloren, wobei geschätzt wird, dass mehr als 100.000 Menschen ums Leben gekommen sein könnten. Weil die Regierung bereits Anfang März anfang, die Trümmer zu beseitigen, werden viele wohl nie gefunden werden.

Naturkatastrophen lassen sich selten vorhersagen, aber deren extreme Auswirkungen durch vorausschauendes Handeln eindämmen. Wie sich ein solches

Ausmaß dennoch ereignen konnte, soll am kollektiven Regierungsversagen, dem fehlenden Krisen- und Katastrophenmanagement der Behörden und der Behinderung der Koordination internationaler Hilfseinsätze aufgezeigt werden.

Wissenschaftler und Ingenieure warnten die Behörden seit vielen Jahren vor einem Erdbeben in der stark gefährdeten Region. Und dennoch wurden in dem Gebiet keine Risikobewertungen, Gebäudeverstärkungen oder ein mögliches Erdbebenkatastrophenmanagement durchgeführt. Stattdessen fand in diesen Städten, wie im übrigen Land, eine neoliberale Urbanisierung statt, bei der die Bauindustrie ihre Tätigkeit ohne Rücksicht auf Erdbebenrisiken und ohne Berücksichtigung der Erdbebenvorschriften ausweitete. Umso schlimmer wiegt die Tatsache, dass sich korrupte Bauunternehmen mittels der sogenannten „Gebäude-Amnestie“ rückwirkend offizielle Baugenehmigungen für illegale Bauten erteilen lassen können. In Bezug auf die Amnestie 2018 sagte Murat Kurum, Minister für Umwelt, Urbanisierung und Klimawandel, dass es 76.605 Anträge auf Amnestie in Gaziantep und 71.738 in Hatay, den beiden am schwersten betroffenen Städten, gab.

### Rückblick

Weder die Regierung, AFAD (Behörde für Katastrophen- und Notfallmanagement) noch die



Source: INGV

BBC



Gemeinden verfügten über Risikomanagement- und Katastrophenschutzpläne. Sie verfügten nicht über die Zuteilung und Koordinierung von Forschungs- und Rettungsteams, Notfallausrüstungen und Vorräte an Zelten. Und das, obwohl seit 1999 in der stark erdbebengefährdeten Türkei eine separate Steuer hierfür erhoben wird.

Bis 3 Tage nach dem Beben gab es keine offiziellen Such- und Rettungsmaßnahmen. Es fehlte an der notwendigen Ausrüstung für die Rettungsmaßnahmen und an Beamten für die Koordinierung. In diesen Tagen gab es auch keine staatliche Versorgung mit Zelten für Unterkünfte, Wasser oder Nahrung für die Überlebenden.

Während die offiziellen Hilfsmaßnahmen erst am 9. Februar begannen, verhängte die Regierung schon früher einen dreimonatigen Ausnahmezustand in der Erdbebenregion, um die

zivile Hilfe und die zivile Solidarität zu kontrollieren.

Internationale Rettungsteams berichteten, dass sie nicht gut arbeiten konnten, da AFAD nicht effektiv für Koordination und Sicherheit sorgte. Beispielsweise wurden gelieferte Zelte tagelang aufbewahrt, da die AFAD erst ihr eigenes Logo aufbringen wollte.

Am 9. Februar ließ die Regierung Twitter abschalten, obwohl Menschen immer noch twitterten, wo sie sich befinden und wo sie gerettet werden können.

Es gab systematische Diskriminierung und Gewalt gegen Kurden, Araber, Aleviten und Flüchtlinge vor allem aus Syrien. Es gab Vorfälle rassistischer Propaganda, in denen behauptet wurde, die Flüchtlinge würden plündern.



**Ausblick**

Während Zehntausende von Menschen noch unter den Trümmern lagen, wurde das Ministerium für Umwelt, Urbanisierung und Klimawandel durch ein um Mitternacht erlassenes Dekret mit außerordentlichen Befugnissen ausgestattet.

Dieses Dekret ist ein Mietdekret der Enteignung, der ökologischen Zerstörung, des Staatsstreichs:

○ ***Der Bau wird in Wäldern und auf Weiden erlaubt sein,***

○ ***Die Pläne werden vor der Öffentlichkeit verborgen,***

○ ***Gegen die Pläne wird es keine rechtlichen Einwände geben,***

○ ***Das Eigentum an Grundstücken kann anderweitig übertragen werden.***

Die Menschen haben sich im ganzen Land mit den betroffenen Regionen solidarisiert. Viele Gewerkschaften, Frauen- und Studentenorganisationen, Tierschutzorganisationen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Menschenrechtsorganisationen, Berufsverbände und politische Parteien sammeln und verteilen im Rahmen von Solidaritätskampagnen Hilfsgüter für die Erdbebengebiete und richten Koordinierungsteams und -zentren in den betroffenen Regionen ein.

Angesichts solcher Gesetzlosigkeit, Korruption und Gleichgültigkeit ist es an uns, die wir uns für die Menschen und die Umwelt einsetzen, unseren gemeinsamen Kampf und unsere Solidarität zu verstärken. Was eine Stadt ausmacht, ist mehr als die Gebäude, die sie hat. Wir schaffen unsere Städte gemeinsam durch unser kollektives Gedächtnis, unsere gemeinsamen Erfahrungen und unsere Solidarität. Lassen Sie niemals zu, dass dieses Massaker in Vergessenheit gerät, denn wenn wir das tun, werden unsere Städte zu übereinander gestapelten Särgen in Form von Gebäuden! Wir haben ein Recht auf ein sicheres Zuhause, wir haben ein Recht auf Leben!



**Hier geht's zu unserer  
Homepage mit noch mehr  
spannenden Berichten**

## PFAS - weltweite gesundheitliche Bedrohung

PFAS sind Stoffgruppen der sogenannten „per- und polyfluorierten Alkylverbindungen“. Sie werden industriell hergestellt und in einer Vielzahl von Produkten verwendet. Sie sind wasser-, fett- und schmutzabweisend. Bei Produktion, Gebrauch und Entsorgung gelangen sie in Böden und Gewässer. PFAS sind in sehr vielen Alltagsprodukten enthalten: in Lebensmittel-Einwegverpackungen wie Pizzakartons, Einwegbecher, in Textilien wie Regenjacken, in Antihafbeschichtung von Kochwaren (Teflon), in Kosmetika, Shampoos usw.



Fast jedes Gewässer ist in Deutschland mit PFAS belastet. Wenn die Chemikalien in der Umwelt sind, bleiben sie dort für sehr lange Zeit (man

spricht von Ewigkeitschemikalien) und reichern sich in Pflanzen, Tieren und im menschlichen Körper in Organen (z.B. Leber) und Blutproteinen an. PFAS stehen in Verdacht unfruchtbar zu machen, zu Fettleibigkeit zu führen, bestimmte Krebsarten zu fördern und das Immunsystem zu schwächen. Von den wenigen bisher untersuchten PFAS gelten die meisten als mittel- bis hochtoxisch,

vor allem für die Entwicklung von Kindern, schreibt die Europäische Umweltagentur (EEA). PFAS werden vom Menschen hauptsächlich über Lebensmittel und kontaminiertes Trinkwasser aufgenommen. Bisher sind rund ein Dutzend

Einzelstoffe oder kleine Stoffgruppen reguliert. Die bekanntesten davon sind Perfluoroktansäure (PFOA) und Perfluoroktansulfonsäure (PFOS). Es existieren aber ca. 10000 Einzelstoffe und Stoffgruppen.

Nach einer Recherche von drei deutschen Medien wurden 1500 verschmutzte Orte in der BRD identifiziert, davon 300 besonders stark. In vielen Verdachtsfällen haben die Behörden die Bevölkerung vor Ort nicht informiert, weil die Bedrohung und Gefahren nicht ernst genommen wurden. Mögliche Gefahren der Verunreinigung von Gewässern und Böden bestehen zudem an

mehreren hundert Industriestandorten, Kläranlagen, Deponien, Flughäfen und Militärgeländen.

PFAS ist also ein riesiges Problem, das die Gesundheit der gesamten Bevölkerung bedroht. Jeder ist bereits mehr oder weniger kontaminiert. Reporterinnen und Reporter von 18 europäischen Medien haben im „Forever Pollution Project“ europaweit mehr als 17.000 Orte mit relevanter PFAS-Verschmutzung lokalisiert, darunter mehr als 2.000 Hotspots mit erheblichen Gefahren für die menschliche Gesundheit.

Fünf europäische Staaten, u.a. die BRD, fordern ein Verbot. Die ECHA (EU-Chemikalienagentur) will prüfen, ob der Vorschlag mit europäischem Recht vereinbar ist. Über ein Verbot müssten die 27 Mitgliedsstaaten entscheiden. Das wird frühestens 2025 sein. Selbst wenn es zu einem Verbot kommt, erhalten die Hersteller Übergangsfristen. Sie und ihre Lobbyisten werden alles tun, ein Verbot zu verhindern oder zu verzögern.

Die Bedrohung durch PFAS macht ein sofortiges Verbot notwendig. Viele der Stoffe könnten bereits ersetzt werden. Aber aus Profitgründen wollen vor allem PFAS-Hersteller wie z.B. 3 M Dyneon, BASF und Bayer nichts verändern.

Die Ampel-Regierung muss Konzepte zur Sanierung kontaminierter Orte vorlegen. Notwendig ist die systematische Untersuchung der Menschen, die in besonders betroffenen Gebieten in der BRD leben, und von Beschäftigten.



Der Journalist Johannes Edelhof hat mit recherchiert und u.a. Hersteller und Betroffene befragt. In den USA besuchte er einen

Anwalt, der 20 Jahre dafür gekämpft hat, dass ein PFAS, PFOA, das von DuPont hergestellt wurde, verboten ist.

Die PFAS-Katastrophe zeigt, dass die kapitalistische Produktionsweise keine Rücksicht nimmt auf Gesundheit und Umwelt. Stoffe werden hergestellt, ohne dass die Hersteller nachweisen müssen, dass sie ungefährlich oder unschädlich sind.

## Eisbär-Lied 2.0

**Ja, den Eisbären in der Arktis, / denen wird es viel zu warm,  
und das Eis beginnt zu schmelzen / – darum schlagen wir Alarm!  
Holla hi...**

**Viel zu warm ist das Polarmeer / und der Sommer dort zu lang,  
und der Eisbär, der muss hungern / ohne Eis und Robbenfang.**

**Denn der Eisbär lebt von Robben, / doch er fängt die Robbe nicht  
ohne Eis im Meer mit Eisloch / weggeschmolzen Schicht um Schicht.**

**Warmer Ozean, das Eis schmilzt -/ ja, das trifft nicht nur den Bär:  
Fische können nicht mehr atmen, / Luft wird heiß, es steigt das Meer.**

**Darum müssen wir was ändern / sonst gibt es bald nirgendwo  
einen Eisbär am Polarmeer - / den gibt's dann nur noch im Zoo.**

**Das passiert wegen der Mächtigen / mit ihrer Gier nach Geld.  
Darum muss man sie verjagen / und zwar auf der ganzen Welt!**



**Text: Pit Bäuml zum Umweltkampftag 2021  
Melodie zu: Eine Seefahrt, die ist lustig**

Umweltgewerkschaft e.V.  
Lübecker Strasse 42  
10559 Berlin  
April 2023